

Ressort: Finanzen

Trotz steigender Mieten: Immer weniger Wohngeld für immer weniger Haushalte

Berlin, 17.08.2013, 08:06 Uhr

GDN - Trotz steigender Mietpreisbelastungen sinkt nach einem Bericht der "Leipziger Volkszeitung" die Zahl der Wohngeldberechtigten und nehmen die staatlichen Leistungen für das Wohngeld dramatisch ab. Unter Verweis auf die offizielle Wohngeldstatistik bestätigte das Bundesbauministerium jetzt einen Rückgang der Wohngeldzahlungen durch Bund und Länder für 2012, im Vergleich zum Vorjahr, um 307,3 Millionen Euro auf insgesamt 1,183 Milliarden Euro.

Die Zahl der Empfängerhaushalte von Wohngeld ging zwischen 2010 und 2011 um 158 617 auf lediglich noch 902 870 Haushalte zurück. Aktuellere Zahlen liegen dem Ministerium noch nicht vor. Als Grund gelten der durch die schwarz-gelbe Regierung gestrichene Heizkostenzuschuss und seit 2009 nicht mehr angepassten Tabellenwerte. Der deutsche Mieterbund rief gegenüber der Zeitung die Regierung zum sofortigen Handeln auf. Mieterbund-Generaldirektor Lukas Siebenkotten, sagte der Leipziger Volkszeitung: "In das Wohngeld muss rasch eine umfassende Energiekomponente neu aufgenommen werden." Diese dürfe nicht mehr nur wie früher die Heizkosten umfassen, sondern müsse auch die teils dramatisch gestiegenen Strompreise ausgleichen. "Außerdem muss das Wohngeld dynamisiert werden." Der Mieterbund verlangt zudem einen automatisch wirkenden Steigerungsindex, "so dass sich der Bürger darauf verlassen kann, sich bezahlbares Wohnen auch weiterhin leisten zu können". Der Rückgang der staatlichen Aufwendungen für Wohngeld sei ein Zeichen dafür, "welch katastrophalen Fehler die amtierende Bundesregierung mit dem Wegfall des Heizkostenzuschusses begangen hat". Eigentlich müssten, bei steigenden Mieten, die Aufwendungen für das Wohngeld raufgehen und nicht sinken, meinte Siebenkotten. Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei, verlangte "eine sofortige Erhöhung des Wohngeldes um mindestens zehn Prozent und eine Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses." Die Wohnkosten rissen vor allem für ärmere Haushalte immer größere Löcher ins Budget. Es sei "ein Skandal, dass den Bedürftigen Wohngeld vorenthalten wird, nur um staatliche Ausgaben zu senken".

Bericht online:

<https://www.germailynews.com/bericht-19848/trotz-steigender-mieten-immer-weniger-wohngeld-fuer-immer-weniger-haushalte.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

